

Neue Phase in indonesisch-osttimoresischer NRO-Zusammenarbeit

Zum 20. Jahrestag der völker- und menschenrechtswidrigen Besetzung Osttimors durch Indonesien haben 40 indonesische Aktivisten der Demokratischen Volksallianz (Persatuan Rakyat Demokratik - PRD) zusammen mit 60 Osttimoresen die russische und holländische Botschaft in Jakarta besetzt. Die Aktivisten forderten den sofortigen Rückzug des indonesischen Militärs von Osttimor, die Freilassung aller politischen Gefangenen und das Recht auf Selbstbestimmung mittels eines Referendums.

Bereits seit einigen Jahren unterstützen indonesische Nichtregierungsorganisationen (NRO), die für Menschenrechte und Demokratisierung eintreten, das Anliegen der OsttimoresInnen. Doch noch nie zuvor haben sich indonesische Aktivisten an einer solchen politischen Protestaktion beteiligt und die indonesische Regierung so offen herausgefordert. Die Aktion könnte den Beginn einer neuen Bewegung in Indonesien markieren: Eine Bewegung getragen von IndonesierInnen, die die Suharto-Regierung zum Rückzug aus Osttimor auffordern. Zugleich zeigt diese Aktion aber auch eine zunehmende Radikalisierung einiger Gruppen aus dem breiten Spektrum der demokratischen Kräfte.

Seit dem Santa-Cruz Massaker vom 12. November 1991 wächst in Indonesien langsam das Bewußtsein um die Verbrechen, die von der indonesischen Armee in Osttimor begangen werden und um die Unrechtmäßigkeit der Einverleibung, die von der Mehrheit der OsttimoresInnen nicht gewünscht ist. Eine neuer Abschnitt der Zusammenarbeit zwischen indonesischen und osttimoresischen Aktivisten begann. Doch durch die zufällige Anwesenheit von ausländischen Journalisten und Filmreportern ist das Massaker auch weltweit bekannt geworden.

So ist die im Juni 1993, rechtzeitig zur UN-Menschenrechtskonferenz in Wien, von Präsident Suharto geschaffene Nationale Menschenrechtskommission (KOMNAS HAM) nicht das Ergebnis einer innerindonesischen Diskussion, sondern im wesentlichen eine Reaktion auf die anhaltende internationale Kritik an der Menschenrechtssituation in Indonesien und Osttimor. Sie erfolgte auf Druck von außen, und war vornehmlich darauf ausgerichtet, dort Eindruck zu machen. Vorsitzender der Kommission ist der suhartotreue Ali Said, pensionierter Staatsanwalt und ehemaliger Justizminister. Insgesamt sechs Monate dauerte es, bis weitere 24 Mitglieder gefunden waren. In der Kommission sitzen pen-

sionierte Richter und Generäle, ehemalige Abgeordnete, wie der einzige osttimoresische Vertreter Celestino dos Reis, sowie Akademiker und weitere Persönlichkeiten aus dem öffentlichen und politischen Leben. Einziger NRO-Vertreter ist Asmara Nababan, Geschäftsführer von "International NGO-Forum on Indonesian Development" und Mitglied des "Joint Committee for the Defence of East Timorese". Eine Reihe von prominenten Persönlichkeiten, die im Menschenrechtsbereich tätig sind, lehnten die Teilnahme ab, weil sie in der Kommission kein unabhängiges Instrument sehen, sondern lediglich ein Außenglied der Regierung. Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch/Asia bezeichnet KOMNAS HAM in ihrem 1994 vorgelegten Report zu Indonesien und Osttimor als "schwach, doch besser als erwartet".¹

Ein besonderer Schwachpunkt ist die nicht vorhandene Unabhängigkeit: Alle Mitglieder sind von der Regierung eingesetzt. Sie sind nicht vom Parlament gewählt. Dennoch gewinnt die Kommission langsam an Profil. Nach zähem Ringen mit der Regierung und dem Militär hat sie es zu Beginn dieses Jahres geschafft, daß in Osttimor eine ständige Vertretung eingerichtet wird. Ihr Spielraum freilich ist eng begrenzt. Voraussetzung für die Genehmigung eines Büros in Dili ist die absolute Loyalität gegenüber der Regierung. Auch der politische Status Osttimors dürfte wohl kaum zur Debatte stehen. Andererseits gehen die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Osttimor darauf zurück, daß den Menschen ihr Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird. Eines kann nicht losgelöst vom anderen betrachtet oder gar einzeln gelöst werden. Wie KOMNAS HAM diesen Spagat vollbringen möchte, bleibt abzuwarten. Ihre Arbeit unterliegt einer Vielzahl von politischen Zwängen. Andererseits dürfen wir auch nicht übersehen, daß interna-

tionale Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch oder amnesty international noch immer der Zugang zu Osttimor verweigert wird und die indonesische Regierung auch die Forderung nach einem ständigen UN-Vertreter strikt abweist. Wie auch immer, mit der Einrichtung eines Büros in Dili zeigt die Menschenrechtskommission, daß sie willens ist, sich mit der Situation in Osttimor auseinanderzusetzen und trägt damit zu einem wachsenden Bewußtsein für den Konflikt innerhalb Indonesiens bei. Kritiker halten dagegen, daß die Vertretung von KOMNAS HAM in Dili Präsident Suharto und seinen Generälen einzig und allein als Alibi dient, um die Forderungen von unabhängigen Menschenrechtsgremien oder Organisationen auf Zutritt abwehren zu können. Die Eröffnung eines Büros in Dili ist ein zu begrüßender Anfang, jedoch noch nicht mehr. Und eine Hürde, die KOMNAS HAM in Osttimor nehmen muß, scheint geradezu unüberwindbar: Die Menschen in Osttimor haben nach allem, was ihnen in den 20 Jahren der Besetzung widerfahren ist, keinerlei Vertrauen zu Indonesiern. Insbesondere nicht, wenn sie im Dienst der Regierung stehen.

Auch dem Engagement der indonesischen NRO stehen viele OsttimoresInnen mißtrauisch gegenüber und befürchten, daß sie für deren eigenen Zwecke mißbraucht werden. Um so größere Bedeutung kommt der gemeinsamen Botschaftsbesetzung zum 20. Jahrestag bei. Puto, Anführer der osttimoresischen Aktivisten erklärte danach in einem Interview: "Jene osttimoresischen AktivistInnen, die an der Aktion teilnahmen, aber nicht voll an den Vorbereitungen beteiligt waren, waren sehr erstaunt: 'Wie kann so etwas passieren?' fragten sie sich. Sie waren gerührt und glücklich und fanden neues Vertrauen darin, daß es Menschen in Indonesien gibt, die unseren Kampf unterstützen und Demokratie lieben: 'In Osttimor wissen wir kaum etwas über UnterstützerInnen in Indonesien.'² Koordiniert wurde die Protestaktion von der Demokratischen Volksallianz (PRD) und dem indonesischen und osttimoresischen Aktionsbündnis "Solidarität des indonesischen Volkes mit dem Kampf des Maubere-Volkes" (SPRIM). (Siehe auch SOAI 3/95, S. 62; SOAI 4/95, S. 53.)



Indonesische Schlägertrupps stürmen holländische Botschaft

Die Aktionen zum 20. Jahrestag der indonesischen Invasion in Osttimor begannen in den frühen Morgenstunden des 7. Dezember 1995. In der Botschaft entrollten sie Plakate und Banner und demonstrierten friedlich. Weniger friedlich reagierten die indonesischen Sicherheitskräfte. Das Debakel von Santa-Cruz noch deutlich vor Augen, zogen sie es allerdings vor, nicht öffentlich in Erscheinung zu treten und die "Arbeit" doch lieber andere machen zu lassen. Vergleichbar der Situation in Osttimor, wo seit über einem Jahr para-militärische Gruppen, wie die als Todesschwadronen bekannten Ninja-Gangs, die Bevölkerung terrorisieren und Auseinandersetzungen provozieren, bedienen sich die Machthaber auch in Jakarta solcher Schlägertrupps.

"Die Besetzung der Botschaft hatte einen vollkommen friedlichen Charakter, bis die Gegendemonstranten vor dem Eingang der Botschaft erschienen. Die indonesischen Behörden wurden vom Zeitpunkt der Besetzung an, aber noch dringlicher nach dem Erscheinen der Gegendemonstranten ersucht, die Botschaft zu schützen. Leider waren die Reaktionen auf dieses Ersuchen voll-

kommen unzulänglich", so der Botschafter der Niederlande in Bonn in einem Schreiben an die Osttimor-Gruppe von Watch Indonesia! Die Gegendemonstranten blieben nicht vor dem Eingang der Botschaft, sondern sie drangen insgesamt viermal in die holländische Botschaft ein. Die Sicherheitskräfte kamen dem Ersuchen des Botschafters um Schutz nicht nur nicht nach, sondern sie schauten vielmehr den Übergriffen der Schlägertrupps tatenlos zu. "Als die Gegendemonstranten zum vierten Mal in das Botschaftsgelände eindrangen, haben der Botschafter und sein Stab sich mutig als menschliches Schutzschild zwischen beide Gruppen gestellt und dabei Verletzungen erlitten."

Ca. 200 Menschen kletterten über den Zaun auf das Botschaftsgelände und griffen die Aktivisten an: "Zu dieser Zeit waren wir in der Botschaftsgarage ... und warteten auf die Rückkehr unserer Delegation, darunter Puto, die mit der Botschaft verhandelte. Und dann wurden wir angegriffen. Wir versuchten Widerstand zu leisten und es kam zum Handgemenge. Jan Kamp, ständiger UN-Vertreter in Indonesien, wurde Zeuge dieser Situation, er mußte sich sogar in Sicherheit bringen. Er sah, wie der niederländische Botschafter am Kopf verletzt wurde. Blut strömte aus seiner Wunde - er war von einem Stein oder einem

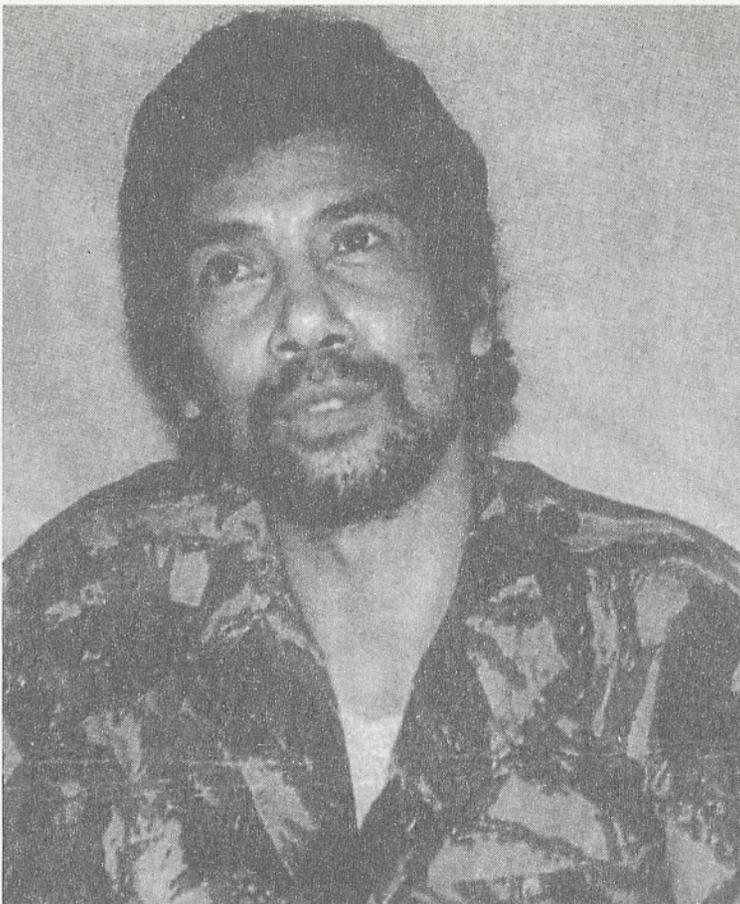
Stahlrohr getroffen worden. Wir alle sahen, wie brutal und gewaltbereit diese Menschen waren. Sie zerschmissen die Scheiben der Botschaft. Drei weitere Botschaftsangehörige wurden verletzt."³ Von den Aktivisten wurden sechs Personen von Steinen getroffen, weitere zogen sich Verletzungen von Glasscherben zu. In den indonesischen Medien wurden die Gegendemonstranten als Pro-Integrationsgruppen dargestellt.

Dagegen spricht allerdings, daß nur wenige von ihnen aus Osttimor stammen. Wobei nicht auszuschließen ist, daß diese wenigen dazu gezwungen wurden. In einem Videointerview geben vier Osttimoresen detailliert Auskunft über die Vorgehensweise des militärischen Geheimdienstes BIAS: Die vier Osttimoresen sagen aus, daß sie von BIAS gezwungen waren, an einer Pro-Integrations-Demonstration vor dem Parlamentsgebäude am 20. November 1995 teilzunehmen.⁴ Die gewaltbereiten Jugendlichen, die die Botschaften ungehindert angriffen haben, sind dem paramilitärischen Verband Pemuda Pancasila zuzurechnen. Der Jugendverband Pemuda Pancasila gilt in Indonesien als Untergrundreserve der Regierung, und die Anhänger werden meist aus dem Milieu der Kleinkriminellen rekrutiert. Sie betätigen sich oft als Schuldeneintreiber oder Schutzgelderpresser mit mafiaähn-

lichen Methoden. In Erscheinung treten diese Gruppen auch bei Wahlmanipulationen und Demonstrationen.

"Als sich dann aber zeigte, daß die Gegendemonstranten von ihren Aktionen nicht abließen, war deutlich, daß dies eine ständige Gefahr für die Sicherheit der Besetzer und des Botschaftspersonals darstellte. Diese Sicherheitsgesichtspunkte waren ausschlaggebend für die Entscheidung der niederländischen Regierung, die Besetzung der Botschaft nicht länger zu dulden", so der niederländische Botschafter in seinem Schreiben an Watch Indonesia!. Angesichts der direkten physischen Bedrohung durch die Schlägertruppe ist diese Haltung sicherlich verständlich. Dennoch beugt sich die Botschaft, und das gleiche gilt für die russische Botschaft, hiermit dem Terror bewaffneter Schlägertruppe. Und statt weiterhin bei der indonesischen Regierung gegen die Stürmung ihrer Botschaften auf das Schärfste zu protestieren, haben die Botschafter die indonesischen und osttimoresischen Aktivisten den indonesischen Sicherheitskräften übergeben und ihrem Schicksal überlassen. Die indonesische Regierung bricht offen mit internationalem Recht und nimmt diplomatische Verwicklungen gelassen in Kauf. Der Außenminister Ali Alatas hat sich offiziell entschuldigt und schon wenige Wochen später wiederholt sich die Szene in der neuseeländischen Botschaft in Jakarta: Fünf Osttimoresen flüchten sich in die Botschaft und bitten um Asyl. Ein zivil gekleideter Angehöriger des indonesischen Militärs dringt ebenfalls auf das Botschaftsgelände ein, greift einen der Osttimoresen an und verletzt ihn. Die neuseeländische Regierung legte sodann bei der indonesischen Regierung Beschwerde ein. Diese nimmt es zur Kenntnis.⁵

Doch ist diese Zuspitzung der Situation nicht letztlich das Ergebnis einer sehr



Xanana Gusmão

aus: A. Barbedo de Magalães, *The East Timor Issue and the Symposia of Oporto University*, Porto: 1995, S. 2

ambivalenten Haltung der internationalen Gemeinschaft in Sachen Osttimor gegenüber der indonesischen Regierung? Trotz der massiven Menschenrechtsverletzungen und der fortwährenden Verletzung internationalen Rechts fehlt es der internationalen Staatengemeinschaft am politischen Willen, Indonesien auf eine Lösung des Konfliktes zu drängen. Es ist gerade der fehlende Druck, der es der indonesische Regierung ermöglicht, an ihrer völkerrechtswidrigen Besetzung Osttimors festzuhalten und die Resolutionen der Vereinten Nationen zu ignorieren. Die Sorge um Menschenrechte hinter verschlossener Tür zu äußern und gleichzeitig wirtschaftliche Hilfe zu steigern und Waffen zu liefern, ist weder eine Botschaft echter Verurteilung, noch wird so die Erwartung signalisiert, daß sich etwas ändert.⁶ Die Situation in Osttimor und auch in Indonesien hat sich in den letzten Monaten drastisch verschlechtert. Unzählige OsttimoresInnen

fliehen seit Monaten aus Osttimor in Richtung Jakarta. Über 60 haben in den letzten Wochen das Risiko auf sich genommen und sind in ausländische Botschaften geflüchtet. Erneut versuchten OsttimoresInnen sich mit dem Schiff nach Nordaustralien zu retten. Sie wurden von der indonesischen Marine aufgebracht.

Das Mittel der "stillen Diplomatie" kann kein hinreichendes Mittel sein, um Druck auf menschenrechtsverletzende Staaten wie Indonesien auszuüben. Hier ist öffentliche Kritik angebracht. Das Forum Menschenrechte, eine Arbeitsgruppe deutscher NRO kommt in seiner Stellungnahme zum zweiten Menschenrechtsbericht der Bundesregierung zu dem Schluß, daß hinter der Verteidigung stiller Diplomatie als entscheidendes Mittel erfolgreicher Menschenrechtspolitik nichts anderes als das Vorhaben steht, "andere Interessen wirtschaftlicher, politischer oder militärisch-strategischer Art dem Schutz der Menschenrechte vorzuordnen."⁷

Im November 1994, anlässlich des APEC-Gipfels, haben 29 Osttimoresen die US-Botschaft in Jakarta besetzt und Osttimor damit zum Gipfelthema gemacht. Präsident Suharto haben sie gezeigt, daß der osttimoresische Widerstand vor seiner Haustür angekommen ist. Diesmal lautet die Botschaft an Suharto: Indonesische und osttimoresische AktivistInnen stehen heute Seite an Seite und der Widerstand im eigenen Land gegen die Besetzung Osttimors wächst. Osttimor ist auf dem besten Weg, nicht nur international die Achillesferse der indonesischen Regierung zu werden.

Monika Schlicher

Die Verfasserin ist Lehrbeauftragte und Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft des Südasiens-Instituts der Universität Heidelberg.

Anmerkungen:

- 1) Human Rights Watch/Asia: *Human Rights in Indonesia and East Timor, The Limits of Openness, Chapter IX The Indonesian Human Rights Commission: Weak but better than expected*, New York Sept. 1994
- 2) AKSI Newsservice: *Interview mit zwei PRD und osttimoresischen Aktivisten, die an der Besetzung der niederländischen Botschaft teilnahmen*, 12. Dezember 1995; auf Deutsch

abgedruckt, in: *Newsletter, Zeitschrift für internationale Kommunikation*, Nr. 25, Januar 1996, S. 35

- 3) *Newsletter*, Nr. 25, S. 35
- 4) *Statement by four East Timorese Youths forced into holding a Pro-Indonesia Demonstration before the Central Parliament Building in Jakarta*, on 20 Nov. 1995, CNRM, 8. Dez. 1995
- 5) Audrey Young: *New Zealand complains over embassy fracas*, in: *The New Zealand Herald*, 19.1.1996, Seite 1

6) vgl. Christine M. Chinkin: *Rhetorik der internationalen Rechtsherrschaft, Die europäische Reaktion auf Osttimor - Fragen der Bewertung*; in: SOAI 4/1994, S. 55

7) *Forum Menschenrechte: Stellungnahme zum 2. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung*, Bonn 1995, S. 7